

Netter Versuch, wenn auch völlig wirkungslos

Heute ist übrigens wieder „Boys & Girls Day“, falls Sie noch nicht an diese überaus wichtige Veranstaltung gedacht haben, mit der staatlicherseits versucht wird, Mädchen zu vermitteln, wie schön doch typische Männerjobs sind, und neuerdings Jungs, wie toll es doch ist, Kindergärtner (ja, ja, Erzieher), Friseur oder Krankenbruder zu werden, auch wenn das – leider, leider – schlecht bezahlt wird. Mehr als zehn Millionen Euro hat sich die Bundesregierung bisher diese gut gemeinte Volkserziehung kosten lassen. Erfolge oder wenigstens die Aussicht auf Erfolge gibt es nicht, wie die offiziellen Statistiken gnadenlos belegen. Die Mädchen finden den „Girl's Day“ toll, sie schauen, wie spannend es in einer Kfz-Werkstatt zugeht, klettern in einen Feuerwehr-Löschzug und dürfen den Blaulicht-Knopf drücken oder bewundern den Chefsessel in der Versicherungs-Hauptverwaltung. Dann beenden sie ihre Schullaufbahn und werden, was Mädchen fast immer werden wollten: Lehrerin, Erzieherin, Pflegerin und Verkäuferin. Und die Jungs finden es auch toll, denn sie haben einen Tag lang keinen regulären Unterricht. Anschließend werden sie dann, was Jungs eben immer so werden.

Die Frage nach dem Ob stellt sich nicht einmal

Schon wieder! Auch heute befindet sich ein Flüchtlingskahn im Mittelmeer in akuter Seenot. Mindestens 300 Menschen sollen an Bord sein, darunter wie jedes Mal Frauen, Kinder und Alte. Nicht erst seit dem Tod von 900 Flüchtlingen am vergangenen Wochenende im Mittelmeer ist klar, dass die Situation unhaltbar geworden ist. Wenn wir hier das christliche Abendland hochhalten wollen, wenn die EU nicht wieder bei einer internationalen Krise versagen will, dann muss jetzt sofort, ohne jegliche Zeitverzögerung, massiv eingegriffen und geholfen werden. Die Frage, ob Europa, ob der Westen und damit auch Deutschland den Flüchtlingen helfen sollte, stellt sich nicht einmal. Was wären wir für Zyniker, was wären wir für erbärmliche Unmenschen, wenn wir dem Sterben auf hoher See ungerührt zuschauten? Rupert Neudeck, Mitbegründer von „Cap Anamur/Deutsche Notärzte“, hat gestern im Fernsehinterview Stellung bezogen: Die EU-Länder müssen Schiffe ihrer jeweiligen Marine vor die Küste Nordafrikas entsenden, Handelsschiffe müssen aufgefordert werden, einzugreifen und Flüchtlinge zu retten – vielleicht sogar gegen Prämienzahlungen im konkreten Hilfsfall. Das Sterben muss beendet werden – das hat oberste Priorität, das ist die allererste Aufgabe. Doch damit ist es wahrlich nicht getan. Selbst wenn die reichen Länder des Westens vorübergehend mehr Flüchtlinge aufnehmen, löst das die Probleme nicht. Offiziellen Schätzungen zu Folge sind derzeit auf dem afrikanischen Kontinent rund 18 Millionen Menschen auf der Flucht in Richtung Mittelmeer. Ihr Ziel und ihre einzige Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben ist Europa. Eine Hoffnung, die wir nicht erfüllen können, selbst wenn wir es wollten. Um das Problem zu lösen, müssen Hoffnung und Zukunft nach Afrika gebracht werden. Das ist ein langwieriger Prozess, aber die reichen Länder könnten mehr tun, noch viel mehr. Es müssen menschenwürdige Wohnräume dort entstehen, es müssen Nahrung und sauberes Wasser her, und es

muss Bildung her. Ja, Bildung. Es klingt so nach Klischee, wenn immer von Brunnen bohren und Schulen bauen geredet wird, aber genau darum geht es. Auch. Wenn wir keine Mauer errichten wollen, um uns von Elend und Hoffnungslosigkeit abzuschotten, gibt es nur diesen Weg: den Leuten in Afrika wirklich zu helfen, eine menschenwürdige Zukunft aufzubauen. Und ihnen zu sagen, dass wir bei weitem nicht alle, die zu uns kommen wollen, aufnehmen können.

Über die Flüchtlingsproblematik habe ich verschiedentlich geschrieben. Ja, wir müssen helfen – ohne Wenn und Aber. Und wenn wir helfen wollen, dann muss die Politik auch klare Kante für diejenigen zeigen, die wirklich Hilfe brauchen, die sich in die Hände gewissenloser Schleuserbanden und in Lebensgefahr begeben haben, um Europa oder Deutschland zu erreichen. Es ist unerträglich, dass noch immer 90 Prozent der in Deutschland abgelehnten Asylbewerber bleiben dürfen. Und für diejenigen, die in diesen Tagen und Wochen aus Angst um ihr nacktes Überleben dem Wahnsinn im Nahen Osten entkommen sind und zu uns fliehen, wird der Platz knapp.

Das widerwärtige Geschäft mit den Gebärsklavinnen boomt

Im Strand Palace Hotel in London fand am 21. März wieder die alljährliche Surrogacy Conference statt, also ein Kongress, der sich mit dem Thema Leihmutterschaft beschäftigt. Ärzte und Geschäftemacher informierten dort darüber, wie sich Paare auf diesem Weg ein Kind organisieren können, und Paare erzählten wort- und tränenreich, wie toll das alles bei ihnen gelaufen ist. Ja, Paare, die auf natürlichem Weg selbst keine Kinder zeugen können, sind oft verzweifelt und zu fast allem bereit, sich den Kinderwunsch zu erfüllen. Manche wählen den Weg über die künstliche Befruchtung, andere adoptieren Kinder, und manche mieten sich eben eine Gebärmutter mit einer Frau drumherum. Moderne Zeiten könnte man meinen. In den USA gibt es eine richtige Industrie mit Leihmütter-Agenturen dafür, und es wird viel Geld mit der Not von Paaren verdient. Zu den Kunden dieser Agenturen gehört stark anwachsend auch die Gruppe der gleichgeschlechtlichen Paare. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete jüngst darüber, dass „ein Fertilitätszentrum in Kanada“ dokumentiert habe, „dass in den Jahren zwischen 2007 und 2011 mehr als zwanzigmal so viele **schwule Paare** zu seinen Kunden gehörten wie noch in dem halben Jahrzehnt davor“.

Aber die Globalisierung macht auch vor diesem Thema nicht halt. Weil die Kosten niedriger sind, boomt das Leihmuttergeschäft derzeit in Gegenden der Welt, in denen Frauen oftmals in kaum vorstellbarer Armut leben. Länder wie Indien, Nepal oder Mexiko. Für 15.000 Dollar „Flatrate“ werden dort Leihmütter zur Auswahl mit unlimitierten Versuchen angeboten, Zwillinge oder Drillinge ohne Aufpreis möglich, wie die FAZ weiter berichtet. Über was sprechen wir also? Frauen, die in ausweglosen Situationen sind, verkaufen für wenig Geld ihren Körper als Brutkasten. Sie lassen sich in heruntergekommenen Hinterhof-„Kliniken“ Embryos einpflanzen, also mehrere gleichzeitig, von denen dann bei Erfolg die überzähligen „reduziert“, also getötet werden. Manchmal wird nur auf zwei

„reduziert“, weil Zwillinge nicht zusätzlich kosten. „Buy one, get two.“ Die FAZ zitiert einen indischen Arzt mit den Worten: „Nein, wir fragen sie (die Leihmütter) nie, und sie werden nicht mal darüber informiert, wie viele übertragen werden. Das sind ungebildete Mädchen, Analphabeten.“

Fassen wir zusammen: Im dritten Jahrtausend gibt es auf diesem Planeten eine neue Art der Sklaverei. Frauen werden als Produktionsmaschinen verwertet, ihre Armut wird von wohlhabenden Paaren aus den westlichen Ländern schäbig ausgenutzt. Was mit ihnen passiert, ist den Bestellern egal. Hauptsache die gewünschte Ware wird geliefert. Vielleicht werden Sie jetzt sagen: Ist alles nicht neu, es gibt Arbeitssklaven in Katar, die Stadien für das Milliardengeschäft Fußball-WM errichten, Todesfälle inklusive. Es gibt Sex-Sklavinnen, die von Menschenhändlern rund um den Erdball transportiert werden, um sich widerspruchslos von Männern vergewaltigen zu lassen (wie manche in Deutschland ja meinen, das sei ein „ganz normaler Beruf“), und es gibt Kinder, die im Alter von 12 Jahren zu Killern und Selbstmordattentätern ausgebildet werden. Diese Welt ist ein grauenhafter Ort, und was das Schlimmste ist: Niemand von den wirklich Mächtigen unternimmt ernsthafte Anstrengungen, all diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Das wäre doch gar nicht möglich, sagen Sie? Zu 100 Prozent sicher nicht, da haben Sie recht. Aber wenn Polizei und Justiz massiv gegen diese Strukturen vorgehen würden, wenn Leihmutter-Agenturen geschlossen, Menschenhändler und „Vermittler“ von Arbeits- und Gebärsklaven durch Polizei und Justiz mit großem Aufwand verfolgt und bestraft würden, Prostitution nicht mehr als „ältestes Gewerbe“ romantisch verklärt würde und Staaten, die diesen schäbigen Geschäften eine Basis geben, von der Weltgemeinschaft geächtet würden, könnte sich für viele Menschen etwas zum Besseren wenden. Aber wie gesagt: Es ist für die große Politik wohl nicht wichtig genug.

Endlich Transparenz, doch kaum einen interessiert es

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den Vereinigten Staaten und der EU ruft – mal wieder – heftigen Widerstand in Deutschland hervor. Einer der Hauptvorwürfe neben panischer Angst vor keimfreiem Hühnchenfleisch ist die angebliche Intransparenz. Böse Brüsseler Bürokraten (mit viel zu hohen Gehältern und viel zu großen Dienstwagen) verschleudern da im Verborgenen unsere schönen Sozial- und Verbraucherschutzstandards an die Amis. So lautet die Legende der wackeren Anti-TTIP-Kämpfer. Doch nun ist etwas Seltsames passiert. Anfang des Jahres hat die EU-Kommission auf die Vorwürfe reagiert und die Verhandlungsdokumente zu TTIP am 7. Januar für jeden einsehbar ins Internet gestellt. Nun gibt es die erste **Zwischenbilanz**: Im Durchschnitt haben monatlich 760 Personen die Dokumente aufgerufen, das entspricht 25 Interessenten am Tag. 500 Millionen potentielle Interessenten in der EU – und 760 nutzen die neue Transparenz im Monat. Selbst wenn auf meinem Blog mal nichts Aktuelles veröffentlicht steht, schauen hier am Tag selten weniger als 400 Leser rein, am Kolumnen-Freitag sind es in der Regel mehrere tausend. Die Nutzerzahlen auf den TTIP-Seiten der EU lassen nur einen Schluss zu. Bei den TTIP-Protesten geht es nicht um die Sache, es geht nicht um den Schutz unserer schönen Gutmenschen-Welt vor der schlimmen Wall Street, es geht einzig und allein um

schnöden Antiamerikanismus.

Der Sound unserer Kultur

In Immenstadt im Oberallgäu läuten die Kirchenglocken – so, wie überall in Deutschland, zumindest an den Sonntagen. In Bayern ist das Christentum noch eine relevante gesellschaftliche Größe, und das ist auch gut so. Nun hat eine evangelische Gemeinde das allmorgendliche Läuten von 8 auf 7 Uhr vorverlegt, und ein Bürger läuft dagegen Sturm. So etwas ist keine Seltenheit, und mein erster Gedanke, wie das „Problem“ zu lösen wäre, lautet: Entweder ziehen alle Immenstädter woanders hin, oder der Unzufriedene sucht sich eine andere Stadt oder ein Plätzchen irgendwo fernab von menschlichen Wohnsiedlungen. Aber das wird nicht passieren, wie wir alle wissen. Es ist schon erstaunlich, wie in Deutschland Partikularinteressen zunehmend zum Problem werden, mit dem die große Mehrheit der Bevölkerung drangsaliert werden. Den einen stören die Kirchenglocken, den anderen der Kinderlärm von der benachbarten Kita, den Dritten der nahe Sportplatz. Ich rede hier nicht der Lärmbelästigung das Wort, aber in Immenstadt läuten die Glocken drei Mal am Tag. Drei Mal, immer für ein bis zwei Minuten. Ist es wirklich zu viel verlangt, das zu ertragen? Oder werden wir ein Volk von Gewohnheitsnörglern? In Schleswig, Neumünster und Rendsburg ist neuerdings erlaubt, dass der Muezzin vom Minarett aus fünf Mal am Tag die Muslime zum Gebet ruft. Ich persönlich bevorzuge, wenn vom Kirchturm unserer Gemeinde die Glocken geläutet werden, denn modern ausgedrückt: das ist der Sound unserer Kultur.

Christen in die Politik

Die Tagespost

„Die üblichen Rassisten und Fremdenfeinde“

Pegida ist nicht meine Sache. Vieles, was dort verkündet wird, ist mir zu platt, zu undifferenziert. „Volksverräter“, „Lügenpresse“, „Putin hilf!“ – das ist nicht meine Welt, und das wird sie auch nie sein. Eigentlich interessiert mich an diesen Veranstaltungen nur ein Aspekt: dass sie stattfinden dürfen. In

einem freien Land soll jeder öffentlich sagen können, was er oder sie denkt. Das unterscheidet uns von den unfreien Gesellschaften, die es rund um den Erdball zuhauf gibt. Und die Dresdener Demos finden ja statt, so wie gestern wieder mit dem Niederländer Geert Wilders, ein beinhardter Islam-Kritiker. Nun höre ich eben im öffentlich-rechtlichen Grundversorger WDR 2 einen „Korrespondentenbericht“, der mir die Nackenhaare hochtreibt. Pegida sei praktisch auf dem absteigenden Ast, höre ich da, weil ja „nur noch“ 10.000 Teilnehmer gekommen sind. Hä? Vor ein paar Tagen zogen hier und da eine Handvoll Altlinke durch die Straßen und stellten nochmal die einst machtvollen „Ostermärsche“ pantomimisch dar. Das war überall in den Medien ein wichtiges Thema, in den Nachrichten der Fernsehsender – toll, die Ostermarschierer sind wieder unterwegs. In Bezug zu dem, was da wirklich stattgefunden hat, war Pegida gestern geradezu ein gewaltiger Aufmarsch. Und wer ist da aufmarschiert? Der WDR-„Korrespondent“ wusste es genau, hat wohl quasi mit allen 10.000 Leuten mal kurz geredet. Seine „Analyse“: „Ein Drittel gehörte zum harten rechten Rand“. Und: „Der Rest waren die üblichen Rassisten und Fremdenfeinde.“ Eine steile These, nicht von Linken-Kipping oder antifa, sondern vom „Korrespondenten“ des WDR. Lieber Herr Kollege, könnten nicht auch ein paar Menschen dabei gewesen sein, die sich Sorgen machen, ob Deutschland die Aufnahme eine Rekordzahl an Flüchtlingen bewältigen kann? Oder gab es vielleicht ein paar Leute, die Angst vor dem Islam haben? Waren vielleicht auch Schaulustige dabei, die einfach mal sehen und hören wollten, was der Wilders so für einer ist? Nein, alles „harter rechter Rand“ und „die üblichen Rassisten und Fremdenfeinde“. Ich rege mich schon lange nicht mehr über politische Agitation und Einseitigkeit in öffentlich-rechtlichen Medien auf. Der Mensch gewöhnt sich an fast alles. Aber ich würde mir wünschen, dass wenigstens in der Berichterstattung korrekt und vorurteilsfrei gearbeitet wird. Lasst sie anschließend kommentieren, was sie wollen, aber wenigstens Nachrichten und Berichte sollten sachlich sein. Das wäre schön.

Ein Händedruck für die Geschichtsbücher

Nach sechs Jahren US-Präsidentschaft von Barack Obama tue ich mich schwer damit, noch zu glauben, seine Amtszeit könnte irgendwelche politischen Spuren in den Geschichtsbüchern hinterlassen. Zu dünn sind die Ergebnisse, die der Mann im Weißen Haus besonders in der Außenpolitik vorweisen kann. Und selbst in der Innenpolitik findet man außer einer halbherzigen Gesundheitsreform, die von weiten Teilen der eigenen Bevölkerung abgelehnt wird, nicht viel Mitreisendes. Umso mehr freue ich mich, dass er nun mit der angelaufenen Aussöhnung zwischen USA und Kuba doch noch eine Initiative gestartet hat, die weltweit für Beifall sorgen wird. Gewiss, ein Händedruck mit Raúl Castro macht noch keinen Sommer. Aber nach jahrzentelanger Eiszeit, nach Blockade und – nicht zuletzt – nach vielen Toten, die bei der Flucht aus dem sozialistischen Sonnenstaat in die Freiheit ertrunken sind, tut sich endlich etwas. Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts, als sich die Weltmächte USA und Sowjetunion mit ihren jeweiligen Verbündeten gegenüberstanden, machte die Isolation Kubas durch den Westen durchaus Sinn. Aber heute? Auch die Kubaner wissen, dass es besser ist, die Vereinigten Staaten zum Freund zu haben, mit

dem man handeln kann und der für Devisen sorgt. Und auch die USA und ihre starke Latino-Gemeinschaft in Florida haben weder ein strategisches, noch ein wirtschaftliches und schon gar kein militärisches Interesse mehr, die Insel unter der Knute zu halten. Hoffen wir also, dass man sich einigt, dass man Botschaften eröffnet, Handelsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen entwickelt und vor allem Familien zusammenkommen und in Kuba politische Gefangene in die Freiheit entlässt. Es ist schon irre, wie schnell plötzlich alles möglich ist, wenn man wirklich will. Und es bleibt die Frage: Warum eigentlich nicht schon früher?

Mit atomaren Feuer spielt man nicht

Im politisch-publizistischen Meinungskampf gibt es derzeit kaum etwas Zynischeres, Geschichtsvergesseneres, ja bisweilen Widerwärtigeres als die Texte von Jakob Augstein, kleiner Sohn des großen Rudolf Augstein. Heute beschäftigt er sich in seiner spiegel-online-Kolumne mit Israel und Irans Streben nach einer eigenen atomaren Bewaffnung. Und wenn in einem Augstein-Text Israel vorkommt, ist Aufmerksamkeit geboten, hat er es mit seinen Stellungnahmen zu diesem Thema doch sogar schon einmal auf die Liste des Simon Wiesenthal Centers der „Top Ten Anti-Israel/Anti-Semitic Slurs“, der Top Ten der antiisraelischen oder antisemitischen Verunglimpfungen, geschafft. Heute erfreut uns der junge Herr Augstein mit der Feststellung: „Die iranische Bombe ist nicht mehr zu verhindern. Aber ist das eine Katastrophe?“ Und er versteigt sich zu der These: „Es ist nicht in erster Linie das iranische Streben nach der Bombe, das der Region die Stabilität raubt – sondern Israels alleinige Verfügung darüber.“ Also in meinen Worten: Nur Israel hat im Nahen Osten Atomwaffen, und das gefährdet den Frieden. Und erst wenn auch arabische Staaten mit der ultimativen Zerstörungswaffe ausgestattet sind, wird es wirklich friedlich. Ist es gutmenschliche Naivität des Autors, oder meint er das wirklich ernst? Ich glaube mit Blick auf Jakob Augsteins Gesamtkunstwerk schreibenden Schaffens, dass es schlimmer ist. Ich glaube, dass er genau weiß, dass nicht Israel seine Nachbarstaaten mit Vernichtung bedroht, sondern einige dieser Nachbarn Israel. Und zwar nicht einfach nur mal so ein bisschen, sondern mit der Drohung totaler Vernichtung, mit der Auslöschung des ganzen Staates. Kaum ein Land hat diese Drohung unverblümter und eindeutiger formuliert, als der Iran. Bis in die jüngste Vergangenheit. Der einzige Grund, weshalb es Israel überhaupt noch gibt, ist seine militärische Dominanz im Nahen Osten und das Wissen der Feinde um sein nukleares Waffen-Potential. Nur dies und das Bündnis mit den USA sichern bis heute seine Existenz. Benachbarte Staaten, die ebenfalls in den Besitz von Atomwaffen kämen, würden das Risiko eines großen Krieges vervielfachen, besonders wenn instabile Staaten am Drücker sitzen. Instabil ist der Iran nicht, aber er ist unberechenbar, wie wir gerade sehen, wo nur Stunden nach dem staatlicherseits mühsam ausgehandelten Atom-Kompromiss die Mullahs alles wieder in Frage stellen. Wer diesen Leuten Massenvernichtungswaffen in die Hände geben oder auch nur dabei zuschauen will, wie sie sich solche Waffen selbst beschaffen, potenziert die Kriegsgefahr und spielt mit dem atomaren Feuer.

Die Fußkranken der Weltrevolution und die Kameras

Zu dem Lächerlichsten, das es in Sachen politischer Aktionismus in Deutschland gibt, gehören die sogenannten Ostermärsche der sogenannten Friedensbewegung. Als Massendemonstrationen gegen das atomare Wettrüsten mobilisierten die Ostermarschierer in den 80er Jahren Hunderttausende unter dem Banner „Nie wieder Krieg“. Heute sind diese alljährlichen Veranstaltungen eher private Treffen ergrauter 68er-Veteranen, ergänzt durch jeweils eine Handvoll Jungaktivisten aus Linke oder den versprengten Resten von DKP, SDAJ und MLPD, oder wie Helmut Kohl es sagen würde, den „Fußkranken der Weltrevolution“. In Mainz (200.000 Einwohner) kamen dieses Jahr hochgerechnet 200 Demonstranten zusammen, in Mannheim (320.000 Einwohner) waren es sage und schreibe 35 (in Worten: fünfunddreißig) und in Duisburg (480.000 Einwohner) waren es 250. Nun könnte man sagen: Lasst ihnen doch ihren Spaß mit Bratwurst grillen für den Frieden und Radtouren mit bunten Fähnen und Papp-Drohnen! Und das lasse ich ihnen auch, zumal ich Idealisten erstmal immer gut finde in einer weitgehend entpolitisierten und zunehmend hedonistischen Gesellschaft, wenngleich ich befremdlich finde, dass das Thema stets ausschließlich die „Kriegspolitik“ von Bundeswehr, NATO, USA und EU ist, während islamistische Horden halbe Länder im Nahen Osten gewaltsam unter Kontrolle bringen, islamistische Mörderbanden ungehindert mordend und vergewaltigend durch Afrika ziehen und Kreml-Vladi den kleinen „grünen Männchen“ zu ganz neuer Bedeutung verholfen hat. Aber sei's drum: dies ist eine freie Gesellschaft und Parallelwelten sind nicht verboten.

Was allerdings wirklich ärgerlich ist: die mediale Aufmerksamkeit, die diesen irrelevanten Ostertreffen Jahr für Jahr zugestanden wird. Wenn in Düsseldorf kürzlich 15.000 Jäger gegen ein seltsames Jagdgesetz des grünen Umweltministers demonstrieren, dann ist das selbst dem öffentlich-rechtlichen Lokalsender WDR nur einen Kurzbeitrag im Fernsehen wert. Wenn in Berlin 6.000 Menschen gegen Abtreibung und Sterbehilfe demonstrieren, findet das bundesweit in den Medien nicht statt. Wenn in Stuttgart 2.416 Menschen gegen den rot-grünen Frühsexualisierungsplan demonstrieren, reicht das für 1 Minute in den SWR-Lokalnachrichten, die weitgehend auf die 200 krakeelenden Gegendemonstranten eingehen. Aber wenn irgendwo 35 Leute die USA geißeln, sind die Kamerateams da. Journalisten sollen die Wirklichkeit abbilden, habe ich in meiner Ausbildung zum Redakteur mal gelernt. Irgendwie scheint das nicht mehr modern zu sein.